

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 20. Dezember 1921.

St.R. Speiser (Soz.-Dem.) führt in seinem Referate über die Gruppe „Personalangelegenheiten“ aus: Als wir im Juni dieses Jahres das Budget für das Jahr 1921 verieten, mußten wir für den Personalaufwand bereits ein auf das Jahr umgerechnetes Erfordernis von 2-3 Milliarden einstellen, somit rund ein Viertel der Ausgabensumme dieses Budgets. Bereits im Juli aber mußte eine neue Regulierung der Bezüge stattfinden, die das Jahrespersonalerfordernis auf rund 3⁵ Milliarden erhöhte. Auch im September und Oktober wurden in Uebereinstimmung mit dem Bunde beträchtliche Mehrzahlungen geleistet, die im Laufe des Monats November auf mehr als das Dreifache der in der Juli-Regulierung vorgesehenen Bezüge, also rund 12 Milliarden auf das Jahr gerechnet, im Dezember aber auf das Sechsfache der Juli-bezüge, also rund 24 Milliarden stiegen. Im vorliegenden Budget ist auf den Novemberbezügen aufgebaut, sodaß, da sich eine Verminderung der Dezemberausgaben wohl nur dann ergeben kann, wenn der Kronenwert wieder steigt, mit einer Mehrbelastung von rund 12 Milliarden zu rechnen ist, Hievon trägt allerdings der Bund 70 %, sodaß sich für die Gemeinde eine reine Mehrbelastung von rund 3⁶ Milliarden ergibt. Von den budgetierten Gesamtausgaben von 31⁶ Milliarden entfallen somit nahezu 40 %, wenn man aber die Dezemberbezüge in Anschlag bringt, 80 % auf Personalkosten. Es ist selbstverständlich, daß ungefähr in selben Maße wie die Personalkosten auch die übrigen Ausgaben steigen werden, sodaß man also von einem Personalerfordernis von etwa 40 bis 50 % sprechen kann. Es zeigt sich, was schon der Herr Finanzreferent ausgeführt hat, daß bei der derzeitigen Labilität des Kronenwertes jede Budgetierung unmöglich ist.

Es wird der Gemeinde immer vorgeworfen, daß sie einen so großen Teil ihrer Personallasten vom Bunde ersetzt erhält. Darauf kann nur immer wieder entgegnet werden, daß uns dies nichts weniger als wünschenswert ist, daß wir vielmehr bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf drängen, daß möglichst bald diesem Zustande ein Ende gesetzt und die Gemeinde in den Stand gesetzt werde, durch Beteiligung am Abgabenertrag des Staates oder durch eigene Abgaben auch ihren gesamten Personalaufwand zu decken. Wir wissen recht wohl, daß wir wirtschaftlich mit dem Bunde zusammenhängen, daß der Bund eben nichts anderes ist als die Summe der Länder und das Bundeswirtschaftsleben sich zusammensetzt aus den Wirtschaftsleben der Länder. Es ist aber keineswegs notwendig, diesen natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang noch durch eine Bindung in staatsfinanzieller Hinsicht zu bestärken, ja zu belasten. Wohl ist selbstverständlich, daß das Fallen oder Steigen der Krone auch auf die Gestaltung der Gemeindefinanzen einen entscheidenden Einfluß hat; nicht notwendig ist es aber, daß sich ein öffentlich rechtlicher Körper von der Größe der Wiener Gemeinde in einer der wichtigsten Funktionen als Dienstgeber vollkommen von der Bundesverwaltung ins Schlepptau nehmen lassen muß, ein unhaltbarer Zustand, sowohl für die Gemeinde selbst als für ihre Angestellten.

Wenn der wichtigste Punkt jedes Dienstvertrages die Entlohnung, von einem Dritten bestimmt wird, ist es selbstverständlich, daß der Dienstgeber in diesem Punkt in die Gefahr kommt, nach und nach gleichsam zum Statisten herabgewürdigt zu werden. Ein Nachteil insbesondere haftet diesem System auch an, daß es unmöglich ist, bei Lohnverhandlungen auch mit Nachdruck auf die Intensivierung der Arbeit hinzuwirken, wie wir stets dann bestrebt waren, wenn wir ohne Einfluß eines Dritten verhandeln konnten. Trotzdem könnte man sich mit dem System noch befreunden, weil ja derzeit

Sitzung vom 20. Dezember 1921.

Fortsetzung der Spezialdebatte.

angeblich alle Steuern und Abgaben zusammen nicht einmal für die Dotierung der Länder hinreichen würden. Eines aber macht das System völlig unmöglich: das ist die Art wie beim Bunde verhandelt wird. Während bei der Gemeinde stets der Personalreferent, also der Volksbeauftragte, unmittelbar mit den Angestelltenorganisationen verhandelt, geschieht dies beim Bunde in der Regel nur durch Beamte des Finanzministeriums und der übrigen Zentralstellen. Ohne diesen Herren irgendwie nahetreten zu wollen, ohne ihnen persönliche Eignung oder etwa gar den besten Willen abzusprechen, muß ich schon sagen, daß sie meiner Ueberzeugung nach aus rein sachlichen Gründen nicht die geeigneten Organe sind, solche Verhandlungen zu pflegen, die ja nicht allein für den Bund als Dienstgeber massgebend sind, sondern vielmehr nahezu schon als Standard für alle übrigen Lohnverhandlungen auswirken. Während private Lohnverhandlungen zwischen den bestinformaten Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer abgehalten werden, werden zur Führung der Verhandlungen beim Bunde auf Seite des Dienstgebers Beamte gezwungen, denen bei allem Pflichteifer, bei allem Interesse, bei aller Hingebung doch die Kraft fehlt, die dem Volksbeauftragten innewohnt und die in den heutigen schweren Zeiten zu diesen Verhandlungen gehört. Diese Kraft schöpft der Volksbeauftragte aus seinem Mandat, das ihm zugleich durch die übertragende Verantwortung auch die Grenzen des Entgegenkommens weit besser weist, als dies bei Beamten der Fall sein kann. Freilich vertritt der Finanzminister formell diese „Bemerkungen gegenüber der Volksvertretung, aber wer weiß, mit welcher Hast und unter welchem Druck diese Gehalts- und Lohnwerke zustande kommen, der muß zugeben, daß es auf dem jetzigen Wege nicht weiter gehen kann. Ich möchte nicht davon sprechen, daß es vom Finanzminister, der unausgesetzt mit den wichtigsten Fragen sich beschäftigt, nur schwer verlangt werden kann, daß er auch noch die Verhandlungen mit den Angestellten selbst führt, wohl aber müßten sich andere Volksbeauftragte entschliessen, dies zu tun. Das Gewicht, das ihrem Mandat innewohnt, würde die Verhandlungen in wesentlich andere Bahnen lenken, in Bahnen, die insbesondere Leistung und Entlohnung in engerem Zusammenhang bringen. Diese Aufgabe können nur Volksbeauftragte lösen, weil nur sie die Interessen der Gesamtheit mit denen der Angestellten in vollem Bewusstsein ihrer Verantwortung in der Lage sind.

Die Bindung bezüglich des Personalaufwandes für die Gemeinde an den Bund ist nicht nur gegen das Fehlen dieser Voraussetzung eine äußerst unangenehme. Wie Sie wissen, haben wir bereits im Juli, weil wir zeigen wollen, daß wir die berechtigten Wünsche der Angestellten verstehen und ihnen entgegenzukommen bestrebt sind, wichtige Neubestimmungen für die Pensionisten beschlossen, so insbesondere die sogenannte Automatik. Wir konnten diese Beschlüsse infolge der Bindung nur unter der Voraussetzung beschliessen, daß der Bund den 50%igen Beitrag leistet. Nun hat es schon größter Anstrengungen bedurft, den Bund zu überzeugen, daß das bei der Gemeinde bestehende Besoldungssystem kein solches ist, das die Verweigerung des Bundesbeitrages rechtfertigen würde. Hinsichtlich der Pensionisten aber müßten wir wieder warten, bis der Bund ein Gesetz beschliesst. Es sind uns also gerade bei diesen sicher berücksichtigungswürdigsten Menschen, weil sie derzeit am schlechtesten bezahlt sind, die Hände gebunden.

Die Regelung der Bezüge für die Angestellten im Verwaltungsdienst und in den Unternehmungen erfolgte von der Gemeinde am 19. Juli d.J. Während das ungefähr gleichzeitig eingeführte Besoldungssystem des Bundes das Verwendungsprinzip festsetzte, und den Stellenplan mit mancherlei Nachteilen insbesondere der Auflösung aller Standesgruppen brachte, haben wir im Gegensatz dazu das Bezügeklassenschema als festes Gerüst der Besoldung aufrecht erhalten. Die von den Bediensteten solange erkämpfte Automatik wurde bis zu einer gewissen Grenze aufrecht erhalten, jedoch durch ein außertourliches Avancement ergänzt. Diesermöglichkeit die wirtschaftliche Bestimmung der in einzelnen Ressorts überschüssigen Beamten und Angestellten und andere. Wir denken bei allen Gehalts- und Lohnverhandlungen stets an Arbeits- und Verwaltungsreform. Es ist eine mühselige Kleinarbeit, die auf diesem Gebiete geleistet wird. Bei den Verhandlungen mit den einzelnen Gruppen wird das Gebiet Verwaltung und der Betriebe in einem gewissen betriebstechnischen Sinn abgetastet und so rasch und nach Besserung erzielt, was auf anderem Wege kaum möglich wäre. Beim Strassenfuhrwerk ist die eingeschränkte Verwendung der Pferdewärter gelungen. Durch die Intensivierung der Arbeit bei den Arbeitern in den Werken wurde eine wirtschaftlichere Verwendung der Arbeiter und Ersparungen erzielt. Die allmähliche Aufhebung der sogenannten Kriegsaushelfer schreitet fort. Der Stand der Wasserleitungsaufseher wurde im Einvernehmen mit der Personalvertretung von 239 auf 187 Mann herabgesetzt. Jede Disziplinarverhandlung wird zugleich zu einer Verhandlung über die siehens ihr ergebenden Reformen. Durch die Restriktion und Zusammenlegung der Agenden in den technischen Magistratsabteilungen wurde ein Abbau der Leiterposten und die Beseitigung unübersichtlicher Geschäftsgebarung ermöglicht. Im Zusammenhang mit der Regelung der Ueberstundenfrage sind bereits eine starke Anspannung und Intensivierung der Arbeit in den Kanzleibetrieben angekündigt worden. Bei diesem Anlaß möchte ich einem unsach des Verbandes der städtischen Angestellten folgend mitteilen, daß der eine Viertelstunde-Arbeiter, der in der Öffentlichkeit so großes Aufsehen erregt hat, nicht im eigentlichen Kanzleibetrieb sondern im Musikreferat der Städtischen Sammlungen sich befunden hat. Mit dieser Feststellung glaube ich nicht etwa von der Linie, die in den letzten Ausführungen in dieser Frage bezeichnet wurde, zurückzugehen. Das städtische Jugendamt ist in einer Reform begriffen, die Lohnverhandlungen mit den Kollektivverträgen haben ebenfalls Gelegenheit zur Betrachtung der Arbeitsmethode gebracht. All diese Lohnverhandlungen sind zugleich Arbeitsreformverhandlungen. Die Magistratsabteilung und eine weitere Liquidierungsstelle, ferner die Militärabteilung und das Einquartierungsamt wurden aufgelassen und eine einheitliche Verwaltung der Zinshäuser und Grundstücke herbeigeführt. Die Errichtung von vier neuen wirtschaftlichen Gemeindebetrieben, jenen für städtische Bäder, Wäschereien und Werkstätten, für den Fuhrwerksbetrieb, für die Gewinn-

nung und Beschaffung von Baustoffen und für die Wasserversorgung wurde einen weiteren Fortschritt. Die drei Standesgruppen, Stadtbuchhaltung, Steueramt und Hauptkasse wurden zu einer einheitlichen Gruppe der Buchhaltungs- und Kassabeamten mit besserer Verschiebungsmöglichkeit des Personals zusammengezogen. Die Bildung einer Standesgruppe der mittleren Verwaltungsbeamten nach deutschem Muster mit ähnlicher Wirkung steht bevor. Mit 1. Jänner wird eine Kanzleireform bei den Bezirksämtern Platz greifen.

Besonders freue es mich feststellen zu können, daß die Klagen über sogenannte politische Verfolgungen und Maßregeln immer mehr zurücktreten und ich kann nur versichern, daß uns nichts ferner liegt als das und daß die Bedienstetenpolitik in ganz anderer Weise geführt wird.

Der Redner kündigte eine Reihe von Vorlagen im Interesse der Bediensteten an, die den Gemeinderat in allernächster Zeit beschäftigen werden: Die Vorlage für die Krankenfürsorge der städtischen Angestellten und Arbeiter, der Kreditfürsorge, der Regelung der Pensionen für die Dienstordnungsangestellten und der Pensionen für die Kollektivverträger, durch welche letztere auch insbesondere die leidige Frage der Altpensionisten in den städtischen Unternehmungen und Werkwerken endlich gelöst werden wird, und die Regelung der Frage der Dienstkleider.

Es wird der Grundsatz der bisherigen Personalpolitik aufrecht erhalten, daß auf der einen Seite den Beamten, Angestellten, Bediensteten und Arbeitern in den jetzigen schweren Zeiten gegeben werden muß, was nur möglich sein wird, daß aber auf der anderen Seite die Vereinfachung und Ausgestaltung der Verwaltung, die Intensivierung der Arbeit mit Energie und Ausdauer, mit Beharrlichkeit und Ruhe mit raschem Zugriff, meist aber in mühseliger Kleinarbeit fortgesetzt wird.

Der Redner dankt zum Schluß seiner Ausführungen dem Magistratsdirektor und den Beamten für die Mitarbeit, weist auf das gute Einvernehmen mit den Angestelltenverbänden, den Gewerkschaften, den Personalvertretungen und Betriebsräten hin und bittet die Mitglieder des Gemeinderates ebenso wie die Beamten und Bediensteten um Mitarbeit und Unterstützung bei den Angelegenheiten in seinem Ressort.

GR. Vaugoin (chr. sog.): Das Kapitel I Personalangelegenheiten- und Verwaltungsreform ist wohl eines der wichtigsten und umfangreichsten im ganzen Budget. Außerlich mag es als eines erscheinen, daß nicht tief eingreifend ist, aber wer den Gang kennt, in unseren städtischen Betrieben, der wird sagen müssen, daß die Gruppe der Personalangelegenheiten aufs innigste verbunden ist mit allen Agenden, nicht bloß des Magistrates sondern aller städtischen Unternehmungen und Betriebe. Und ob im Magistrate Ordnung ist, ob die Unternehmungen und Betriebe ertragsfähig ^{sind} und richtig geführt werden, das hängt wesentlich davon ab, wie die Agenden der Personalgruppe vom amtsführenden Stadtrat geleitet werden. Die Personalpolitik der herrschenden Mehrheit in diesem Saale ist auch die Grundlage für das Gedeihen und Blühen dieser Stadt. Ich kann nicht vorübergehen an dieser Frage ohne die Personalpolitik auf etwas längere Zeit zurückzuprüfen. Einige Wochen und Monate ^{Sie} will ich zurückgehen, bevor ^{die Mehrheit} hier hatten als ich selbst als Personalreferent das Dienstschemata durchgearbeitet habe. Der hochgeschätzte jetzige Referent war damals an den Personalangelegenheiten unbetheilt, aber er hatte einen Vorfahren, der Vertreter der Personalangelegenheit ^{en} war, als sie noch in der Opposition standen. Und später als sie in die Mehrheit kamen die Gruppe mit dem Herrn Kollegen tauschte und die Gruppe für Finanzen übernahm. Ich meine Herrn StR. Breitner. Ich muß nun sagen, welches Axiom sich der Herr StR. Breitner für die Personalpolitik aufgestellt hat. Er hat sich klar darüber ausgesprochen am Palmsonntag 1919 in einer großen Versammlung im Zirkus Busch, in welcher die städtischen Angestellten die Ergebnisse über ihre Lohnverhandlungen erwarteten. Damals sagte StR. Breitner Worte, von denen es sehr wichtig ist, daß wir sie in das Gedächtnis zurückrufen. Er sagte: „Die Beamten haben nur zu fordern, um die Bedeckung haben sie sich nichts zu kümmern,“ und fügte noch hinzu, „wir ^{wissen} / andere Mittel und Wege als die Erhöhung der Gas- und Strassenbahn tarife“ / ^{Wenn man} dieses Urprogramm der sozialdemokratischen Personalpolitik nach zweieinhalbjähriger Dauer hier prüfen wollte, könnte man stundenlang reden. Es hat sich ins gerade Gegenteil verkehrt. Wenige Wochen später als der Finanzreferent sein neues Ressort antrat. Es war mir klar, daß die Worte nur in den Wind gesprochen wurden, daß sie nur dazu dienten, die Beamten zu kaptivieren. Aber auf die anderen Wege ohne Erhöhung der Gaspreise Bedeckung zu schaffen, war ich sehr neugierig und bin es bis zum heutigen Tage, denn er ist doch die alten Wege gegangen und hat es so weit gebracht, daß er keine Lohnerhöhung vornimmt, ohne in derselben Sitzung die Bedeckung zu beschließen. Sie haben sich oft darüber aufgehalten, daß die Gehälter und Löhne von uns zu niedrig gehalten werden und daß wir immer eine entsprechende Bedeckung vorsorgen. Und heute sorgen Sie nicht bloß jedesmal für die Bedeckung der eingestell-

ten Bezüge vor, sondern Sie gehen weiter darüber hinaus und belasten dabei immer die städtischen Bediensteten vor der Öffentlichkeit mit dem Odium, wegen euch sind die Tarife der Unternehmungen so hoch. Ich will anschliessend an diese Personalpolitik, die also nur für den Zirkus gesprochen war, zu der Personalpolitik übergehen, wie sie sich in Wirklichkeit gestellt hat. Ich will durchaus nicht behaupten, daß der jetzige Herr Referent ^{nicht} mit gutem Willen an sein Amt gegangen ist, aber eine selbständige Personalpolitik soweit es sich um die im Schema befindlichen Angestellten handelt, ist eigentlich nur ganz kurze Zeit von ihm betrieben worden und zwar so lange, als sie finanziell selbständig war. Das war vom Mai 1919 bis Ende November 1919. Dann haben Sie sich selbst in die Abhängigkeit des Staates begeben und die Seufzer und Klagen und Beschwerden über den goldenen Käfig, indem er sich jetzt befindet, müsste er eigentlich sich selbst zurückgeben.

Am 28. November 1919 referierte Speiser über Weihnachtszuwendungen für städtische Angestellte, die damals noch aus der eigenen Gemeindekasse bezahlt wurden. Diese Zuwendungen sahen auch darnach aus: 100 Kronen für Ledige und 150 Kronen für Verheiratete. Mein Antrag auf Gewährung von 1000 und 1500 Kronen wurde abgelehnt. In einer Gemeinderatsitzung wenige Tage darauf stellte Speiser denselben Antrag, der auch angenommen wurde. Mit diesem Antrag hat sich Speiser in die Schuldknechtschaft des Bundes begeben. Denn zwischen diesen beiden Sitzungen liegt die Bitte um Hilfe beim damaligen Staatskanzler Dr. Renner. Nun zogen sich die Maschen immer enger um die Personalpolitik der Gemeinde und heute kann die Gemeinde keine Personalpolitik mehr führen, da diese vom Bunde gemacht wird. Im Budget finden sich 12.8 Milliarden Kronen für die Angestellten in der Gruppe 1, in der Gruppe 2 findet sich der Staatszuschuss für Gehälter von 8.3 Milliarden, so daß die Gemeinde für aktive und pensionierte Angestellte nur 3.9 Milliarden ausbleibt.

Wenn ich mich über etwas freue, so ist es die Dienstordnung, die noch unter unserer Verwaltung geschaffen wurde. Wäre diese Dienstordnung nicht, die den Angestellten einen großen Schutz vor Verfolgungen gewährt, dann weiß ich nicht, ob wir nicht viel öfter und energischer für die Rechte unserer Angestellten eintreten müssten. Trotzdem kommen sehr viele Beschwerden aus den Reihen der Angestellten über unbegründete Versetzungen, die durchwegs Christlichsoziale betreffen, weil sie angeblich im Dienste für die Gewerkschaft agitiert haben. Wenn die Mehrheit schon einen so strengen Maßstab anlegt, so möge sie gerechterweise auch gegen ihre eigenen Parteigenossen einschreiten, die im Dienste für die sozialdemokratische Gewerkschaft Propaganda treiben. Sehr zu bemängeln sei auch das System der außertourlichen Vorrückungen, weil es Gelegenheit gibt unter dem Deckmantel der Bevorzugung besonder tüchtiger Beamter Protektionswirtschaft zu treiben. Ich möchte davor warnen, daß die vom Referenten betonte „Ergänzung der Automatik“ dazu benützt werde, die sozialdemokratischen Organisationen zu stärken und unsere Organisationen zu schwächen. Der grösste Skandal in der Gemeinde sind die Pensionen der Strassenbahner. Es sei geradezu himmelschreiend, daß es heute noch Pensionisten gibt, mit einem Monatsbezug von 2000 K. Es gehört schon ein eigenes soziales Empfinden dazu, daß man alte, verdiente Pensionisten dem Hungertode preisgibt. Das sind Fehler des Systems, die darin liegen, daß bei den Strassenbahnen kleine feste Gehälter bestehen und alle Erhöhungen unter dem Titel von Teuerungszulagen gewährt worden sind. Beispielsweise bezieht ein Strassenbahner mit 15jähriger Dienstzeit 650 K festen Monatsgehalt, während die Teuerungszulagen den Betrag von 44.000 K ausmachen. Bei der Pension gelangt aber nur der feste Bezug zur Anrechnung. Muß nicht durch eine solche Lohnpolitik der Kommunismus großgezogen werden? Redner kritisiert dann die Wohnungspolitik der Gemeinde, besonders bei den Strassenbahnen, wo Mietzinssteigerungen um mehr als 300% vorgekommen sind, während die Mehrheit die Erhöhungen der Mietzinse in Privathäusern mit den schärfsten Mitteln bekämpft. Die neue Pensionistenvorlage der Gemeinde sei undemokratisch und den Interessen der kleinen Pensionisten abträglich. Die Gemeinde möge sich an der neuen Pensionistenvorlage des Staates ein Beispiel nehmen, welche die richtige Automatik enthält und den Ansprüchen der Pensionisten aller Gruppen durcheinand gerecht wird. Die Verhandlungen, wie sie die Gemeinde führt, sind unmodern, da sie mit Ausschluß der nichtsozialdemokratischen Angestellten geführt werden.

Die Ziffern des Budgets scheinen nicht in allen Belangen einwandfrei zu sein. Die Fürsorgeabgabe wurde mit drei Milliarden eingestellt. Rechnet man nur 500.000 Arbeiter mit einem Durchschnittswochenlohn von mindestens 10.000 K im Wien, so müsste die Fürsorgeabgabe 10 Milliarden ergeben. Diese Abgabe wird noch höhere Einkünfte bringen, wenn der Abbau der Lebensmittelzuschüsse durchgeführt wird.

Ganz übefflüßig aber sei es, Büroinspektoren anzustellen, die die Tätigkeit der Beamten der Gemeinde überwachen sollen, da die Gemeindebeamten das Muster von Angestellter sind. Bei der Gemeinde hängt die Beamtenfreundlichkeit davon ab, ob die herrschende Partei im Nationalrat beamtenfreundlich ist oder nicht und da kann man sagen, daß sie ihre Pflicht im Interesse der Angestellten des Staates, der Bürger und der Gemeinde Wien erfüllt hat.

GR. Rummelhart (chr. soz.): Wenn man dem Personalreferenten zugehört hat, so kann man nicht leugnen, dass der Ton seines Referates ein lebenswürdiger, der Ton eines guten Menschen war, der sich grösste Mühe gibt, unpolitisch zu sein und sein Referat zum Wohle der Beamtenschaft und der Stadt Wien auszuüben. Ich glaube, wenn jemand zugehört hat, der nicht eingeweiht ist, müsste er sich sagen, dieser Personalreferent muss ja ein ausgezeichnete Mensch sein, der nicht nur schon vieles für die Angestellten geleistet hat, sondern auch noch

Gutes und Schönes für die Beamtenschaft der Stadt Wien im Sinne hat. Wer aber den Schleier hebt, sieht leider auch dort vieles, was mit den Worten des Referenten nicht übereinstimmt. Er weiss als Kenner der politischen Verhältnisse sehr genau, dass die Beamtenschaft ihm und seiner Partei absolut nicht traut, weil sie schon viele unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Ich finde es begreiflich, dass Speiser als Personalreferent angeblich zur Hebung der Verwaltung auf Mittel gesonnen hat, dass die Beamten die Macht der Majorität zu fühlen bekommen. Dieses Mittel hat er gefunden u.a. in dem von Sozialdemokraten seinerzeit so arg bekämpften Würdigkeitsavancement, das von diesen wiederholt als Skandal und Protektionswirtschaft bezeichnet wurde. Man hätte glauben müssen, dass die Mehrheit, wenn sie schon das aussertourliche Avancement aufgreift, es nach demokratischen Prinzipien durchführt. Hingegen hat sie autokratische Formeln eingeführt, das Würdigkeitsavancement ist eine Machtfrage der gegenwärtigen Mehrheit. Bei Prüfung der Listen der aussertourlich Beförderten findet man gewiss tüchtige Beamte darunter, aber viele, die ihre Tüchtigkeit weniger auf dem Schreibtisch als in der Organisation, die dem amtsführenden Stadtrat und der Mehrheit nahesteht, eine hervorragende Rolle spielen, wie überhaupt noch keine Partei die politisierenden Beamten so gut bezahlt hat wie die gegenwärtige Mehrheit. Eine ungerechte außertourliche Beförderung ruft in den betreffenden Beamten solche Erregung hervor, dass wochenlang nicht die Arbeitszeit vollständig ausgenützt wird, weil die Leute herumdiskutieren, warum gerade der avanciert ist und nicht jener. Solche Sachen erregen auch die Unlust und lähmen die Arbeitsfreude. Die Beamten kennen sich vor Erlässen nicht aus. Manche dieser Erlässe sind geradezu lächerlich. Wenn sich ein Beamter auf fünf Minuten aus dem Büro entfernt, muß er die Gründe schriftlich bekanntgeben. Solche Methoden sind geradezu absurd, ein Teil der Beamten macht sich darüber lustig und der andere Teil ist empfindlich beleidigt über die Form der Behandlung. Seitdem Sie an der Herrschaft sind, wird die Beamtenschaft in einem Geiste erzogen, der nur auf die sozialdemokratische Organisation gerichtet ist. Die Beamten werden in Ihre Organisation hinein gepresst. Sie haben wohl den Nutzen der gezahlten Beiträge aber einen moralischen Vorteil haben Sie nicht. Andererseits wird alles, was nicht rot organisiert ist, bekämpft und zwar von dem wiederholt ausgezeichneten, die auch in den Versammlungen ihr Urteil über die anders Gesinnten sprechen und schreien: Der muß hinaus aus dem Betrieb, weil er ein „schwarzer Hund“ ist! Die Mehrheit bildet sich viel ein, auf die Verwaltung der Stadt. Aber man braucht nur durch die Strassen zu gehen, den Verfall der städtischen Häuser und sonstigen Baulichkeiten zu betrachten, und man wird wahrnehmen, daß das keine Beweise sind, für die besondere Eignung der Mehrheit zur Verwaltung der Stadt. Auf Grund dieser Beweise sind wir auch nicht in der Lage für jene zwei Kosten zu stimmen, welche die Funktionsgebühr des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte betreffen. Den übrigen Posten werden wir zustimmen, weil wir keine faktische Opposition führen wollen. Sie behaupten proletarische Interessen zu vertreten, aber wann hat der Kapitalismus so grosse Orgien gefeiert, als jetzt? Ihre Verwaltung ist fiskalisch kapitalistisch und antisozial, weil Sie selbst aus den notwendigsten Wohlfahrtseinrichtungen Nutzen ziehen wollen.

GR. Paulitschke (chr. soz.) tritt für die bessere Entlohnung jener Lehrkräfte ein, die an den Schulen Nebenfächer lehren. Ferner für eine bessere Bezahlung der Katecheten und Religionslehrer.

GR. Paulitschke stellt zum Schlusse die Anträge, den Seelsorgern sub Titel ebenfalls die Zuschüsse zu gewähren und denen sub B und C die Remunerationen bei allfälliger Erhöhung rasch anzuweisen, bzw. Vorschüsse zu erteilen und falls sie wenigstens 12 Stunden unterrichten auch die 50 %ige Ermässigung auf der Strassenbahn wieder zu Teil werden zu lassen.

GR. Koppensinger (chr.-soz.) bespricht die Verhältnisse im Ortschaftsrat und Armeninstitut in der Brigittenau und kritisiert das Verhalten des Bezirksvorstehers dieses Bezirkes, der sich den Anordnungen des Bürgermeisters nicht füge, im Gegenteil sich stärker als dieser zeige.

GR. Schubert (Soz.-Dem.) erklärt, dass die Redner der Opposition zum Vorschlag ihre Zustimmung gegeben haben, es erübrige ihm noch zu den Ausführungen des Referenten einige Ergänzungen zu geben. Die Abhängigkeit der Stadt Wien vom Bunde wird als unerträglich empfunden und man müsse mit allen Mitteln trachten, dieser Abhängigkeit ein Ende zu bereiten. Entgegen den Behauptungen der Opposition sei die Stadt Wien in der Lage eine selbständige Personalpolitik zu betreiben, man brauche nur auf die Verwaltungsreform hinzuwirken, die in nächster kürzester Frist von kaum zwei Jahren durchgeführt wurde, während sie beim Bunde noch in den Anfängen steckt, obgleich seit dem Jahre 1912 eine Verwaltungskommission besteht, zu deren Mitgliedern alte erfahrene Sektions-Chefs zählen. Die neue Dienstordnung verleihe den Angestellten ausgedehnte Rechte, beim Bunde ist aber auf diesem Gebiete seit dem Mai 1919 nichts geschehen, das Personalvertretungsgesetz ist noch immer nicht in parlamentarischer Behandlung. Zu der Kritik der Opposition über die Nachteile des außertourlichen Avancements sei zu bemerken, dass diese Reform auf Wunsch der Beamenschaft eingeführt wurde.

Der Redner führt zum Schlusse an: Ich möchte hinweisen auf die Art des Verkehrs zwischen dem Personal und jenen Instanzen, die beauftragt sind einerseits das Interesse der Gemeinde Wien andererseits die Angelegenheiten zu vertreten. Wie Gelegenheit hat den Verhandlungen zwischen dem ausführenden Stadtrath und den Vertrauensleuten der Angestellten beizuwohnen wie sie durch die demokratische Organisation, die auf diesem Gebiete hier hainleisch geworden ist, als Ausfluss der Meinung der Mehrheit in diesem Saale sich entwickelt haben, wird es erkennen, dass der Weg ist, wie man die Frage der Angestellten dieser Gemeinde zum Wohle der Gemeinde und der Angestellten löst. Dass es so bleibe, kann nur der Wunsch des ganzen Hauses sein.

GR. Rusicka (Tscheche) bemängelt, dass die Gemeinde für den Religionsunterricht der tschechischen Schulkinder nichts tue, dass von den tschechischen Wiener Schulen in dreizehn kein Religionsunterricht abgehalten werden kann, daher 2735 tschechische Kinder ohne Religionsunterricht sind, weil die Gemeinde keine tschechischen Katecheten ausstelle und auch die Lernmittel für den Religionsunterricht nicht verabfolge. Redner stellt Anträge in dieser Richtung.

GR. Hengl (chr.-soz.) erklärt, dass das Kontrollamt seit seinem Bestehen keine Tätigkeit ausübe, wo es aber funktionierte, sei es zu seiner reinen Abstimmungsmaschine herabgesunken. Beamte, die für Verbesserungen im Buchhaltungswesen und in der Skontrierung eingetreten sind, wurden aus dem Amte entfernt, weil man augenscheinlich nicht will, dass sie selbständig arbeiten. Redner führt

dann Beschwerde darüber, dass er bei einer Skontrierung einen Kassaabgang von 20000 K feststellte und dass Journal in Unordnung fand, darüber aber über die Richtigstellung des Fehlers gar nicht versündigt worden sei. Ja noch mehr, er wurde seither keiner Skontrierung mehr zugezogen, also gleichsam als Gemeindefunktionsär ge-maseregelt, weil er seine Pflicht erfüllt habe. Er stellt den Antrag, dass das Kontrollamt in der Weise umgeändert werde, dass an dessen Spitze ein Funktionär der Verwaltung Kom., ein Gemeinderat oder Ausschuss, der die Kontrollarbeit durchzuführen oder wenigstens zu beaufsichtigen hat.

GR. Wawerka (chr.-soz.) findet die Ansätze für die Benumerationen für die Stunden der Freigegegenstände zu gering, so dass sich kaum Lehrkräfte dafür finden werden und führt Klage, dass die Remunerationen überdies nicht rechtzeitig ausbezahlt werden. Er verlangt, wenn sich der Geschäftsgang nicht beschleunigen lasse, dass den Schulleitern das Recht erteilt werde, die Beiträge einzusetzen und auszubehalten.

GRin. Walter (chr.-soz.) beantragt eine zweckentsprechende Abänderung der Heizvorschriften für Schulkäuser und dass dafür Sorge getragen werde, dass mit dem Beginn des Schuljahres 1922/23 die Turnsäle in allen Volks- und Bürgerschulen zu den Turnunterricht verwendet werden.

Die Sitzung wird abgebrochen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 20. Dezember 1921.

Beteiligung der Gemeinde Wien an Aktiengesellschaften. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses wurde im Sinne eines vom Stadtrat Preitner gestellten Antrages der Beschluss gefasst auf Grund des Sozialisierungsgesetzes und der mit den betreffenden Unternehmungen gepflogenen Verhandlungen für die Gemeinde Wien von den bevorstehenden Erhöhungen des Aktienkapitals bei der Felten & Guillaume A.G. 5000 Stück Aktien, bei der Maschinen- und Waggonbauwerks A.G. Simmering 10.000 Stück Aktien, bei den vereinigten Drogen-Großhandlungen G. & R. Fritz, Petzold und S&G A.G. 15.000 Stück Aktien in Anspruch zu nehmen. Die Erwerbung erfolgt zu den jeweiligen Emissionskursen.

Die Gemeinde Wien und die Wiener Messe. Gemeinderat Julius Müller berichtete im Finanzausschusse über die bevorstehende Erhöhung des Aktienkapitals der Wiener Messe von 60 auf 200 Millionen Kronen. Er stellte den Antrag, dass den Aktionären eingeräumte Vorzugsrecht auf 5 Millionen Kronen Nominale zur Kurse von 450 Kronen auszuüben und im Wege der freien Subskription weitere 5 Millionen Kronen zum Kurse von 500 zu beziehen. Bei diesem Anlasse machte GR. Müller Mitteilung über den Stand der bisherigen Anmeldungen für die Frühjahrsmesse. Während bei der Messe im September in den gedeckten Räumen 16.000 m² Ausstellungs-

fläche beansprucht wurden, liegen jetzt bereits Anmeldungen für mehr als 33.000 m² vor. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um die Hofstellungen ausschliesslich für die Messeszwecke frei zu bekommen und auch die Stiftskaserne einzubeziehen. Angesichts des außerordentlich lebhaften Interesses, das sich allgemein geltend macht, könne der Frühjahrsmesse ein günstiges Prognostikon gestellt werden. Der Finanzausschuss stimmte dem genannten Antrage einhellig zu.

Das Notgeld der Stadt Wien. Der Finanzausschuss hat beschlossen dem Gemeinderate zu empfehlen, die Laufzeit der gegenwärtig im Umlauf befindlichen 10, 20 und 50 Hellerkassenscheine bis auf weiteres zu verlängern. GR. Broczyner führte zur Begründung an, dass sich zwargegenwärtig die Preisbildung zumeist in runden Kronenbeträgen bewege, dennoch gebe es Fälle, bei denen wie etwa bei Arzneien und den rationierten Lebensmitteln Teilbeträge einer Krone in Betracht kommen. Da ein Neudruck überhaupt nicht mehr in Betracht kommt, auf Hartgeld gewisse nicht zu rechnen ist, so würde förmlich zwangweise ganz allgemein eine Aufrundung der Preise die notwendige Folge sein. Die Kassenscheine haben zwar schon eine ziemliche Abnutzung erfahren, können aber noch als unlauffähig bezeichnet werden. Der Referent stellt bei diesem Anlaß fest, dass die Kassen der Gemeinde Wien angewiesen sind, zurückströmendes Notgeld unbedingt umzuwechseln. Der Antrag wurde angenommen.

Ehrengabe für den Uhrmacher Josef Nikolaus. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses berichtete GR. Bauer über das Ansuchen des Vereines der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien dem Uhrmacher Josef Nikolaus eine Ehrengabe von 60.000 K zu bewilligen. Als Begründung wird angeführt, dass Nikolaus nicht nur hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Uhrmacherkunst aufzuweisen hat, sondern auch der Vereine seine kostbare Sammlung von Taschenuhren überlassen hat, der sie bekanntlich der Stadt Wien widmete.

Die Inseratenabgabe. Das am 20. d. erschienene Landesgesetzblatt für Wien enthält die neu eingeführte Gemeindegabe von Anzeigen aller Art. (Inseratenabgabe). Das Gesetz tritt am achten Tage nach seiner Kundmachung also am 28. Dezember in Wirksamkeit. Abgabepflichtig sind alle Anzeigen, in periodischen Druckschriften, sowie in sonstigen, an unregelmässigen Zeiträumen oder auch nur einmal erscheinenden durch Druck oder andere mechanische oder chemische Mittel vervielfältigten Blättern, Schriften oder Druckwerke, sowie Beilagen solcher Druckschriften unter der Voraussetzung, dass für die Aufnahme, Aus-sendung oder Verbreitung ein Entgelt, sei es in bar oder in Leistungen begehrt wird. Befreit sind lediglich Anzeigen, die von Aemtern des Bundes oder der Gemeinde Wien in den amtlichen Blättern erlassen werden. Abgabepflichtig ist der Verleger bzw. Herausgeber und das die Anzeige vermittelnde Annoncierungsinstitut. Die Abgabe be-

trägt 10 % des für die Vornahme oder Verbreitung der Anzeige entrichteten Entgeltes und ermässigt sich bei Arbeits- oder Stellungsge-suchen auf die Hälfte. Jede abgabepflichtige Unternehmung hat bis 27. Dezember jede nach Kundmachung des Gesetzes neu entrichtete abgabepflichtige Unternehmung binnen einer Woche nach Betriebsöffnung dem Magistrate zur Anzeige zu bringen. Bis zum 25. ds. Monats ist unter gleichzeitiger Bezahlung des sich ergebenden Abgabebetrages dem Magistrate über die im Vormonate vereinnahmten Entgelte Rechnung zu legen. Jede abgabepflichtige Unternehmung ist zur Buchführung verpflichtet. Bei Gesetzübertretungen sind Geldstrafen bis zum Fünfzigfachen des verkürzten Abgabebetrages und Ordnungsstrafen bis zu 50.000 Kronen vorgesehen.

Für Kleingärtner. Anlässlich der Feiertage bleibt die Abgabestelle für Kleingärtner XIV., Zollnerberggasse 3 von Samstag, den 24. bis Montag, den 26. Dezember geschlossen.

Fortsetzung der Spezialdebatte über Gruppe I.

GR. Macha (Tscheche) wirft der Mehrheit vor, dass sie die tschechischen Wünsche ganz unberücksichtigt lasse und den sozialen Forderungen der Tschechen direkt feindselig gegenüberstehe. Veranstaltungen humanitärer Art werden mit der Lustbarkeitssteuer bedacht, die Gesuche um Nachlassung der Abgabe mit unheimlicher Schnelligkeit abgewiesen. Kürzlich veranstalteten die tschechischen Freidenker im Konzerthausaale eine literarische Feier zu Ehren des russischen Dichters Dostojewsky und für diese Ehrung einer der größten russischen Dichters musste der Verein im sozialistischen Wien Zehntausende Kronen Lustbarkeitsabgabe zahlen. Für die Tscheche gelten die Gesetze nicht, sie müssen nur die Steuern entrichten. Unter solchen Umständen werde der bei der Zusammenkunft in Lana ausgesprochene Wunsch nach Versöhnung der Völker beider Republiken sich nicht erfüllen.

GR. Hengl (chr.-soz.) beantragt den Pensionsparteiern, die ein Scheckkonto im Postsparkassenamt haben, ihre Pensionen dort gutzuschreiben.

GR. Feldmann (Deutsch-nat.) sagt, dass es notwendig wäre, die Pensionistenfrage endlich zu regeln, ohne erst zu warten darauf, dass der Staat für die Pensionisten macht. Wenn der Referent vom Abbau bei den Wasserleitungsaufschnern gesprochen habe, so sei es doch wichtiger, zu wissen, was in den großen Betrieben abgebaut worden ist. Redner begrüßt es, dass die Mehrheit die politische Freiheit der Angestelltenfrage teile und wünscht, dass dieser Standpunkt nicht mehr verlassen wird.

Referent St.R. Speiser weist in seinem Schlusswort darauf hin, daß in der Debatte auch einige freundliche Worte, wie Ernst, Fleiß, Liebenswürdigkeit gesprochen wurden, die er mit Dank quittiere. Diese Worte müssen aber doch auch in der Führung der Geschäfte eine gewisse Ausstrahlung gefunden haben und aus dieser Annahme heraus ist zu hoffen, daß sich auf dem Gebiete der Personalpolitik ein Zusammenarbeiten ergeben wird. Gegenüber den Wünschen des Gemeinderates Machat, erklärt der Referent, daß Fürsorgeangelegenheiten und die Lustbarkeitsabgabe nicht in sein Ressort fallen. Gemeinderat Ruzicka habe sich mit der definitiven Anstellung von Katecheten an den „tschechoslowakischen“ Schulen Wiens beschäftigt. Definitive Religionslehrer sind nur an Bürgerschulen systemisiert. Deshalb ist eine Systemisierung an den tschechischen Volksschulen wohl derzeit unzulässig. Seine Forderung, daß an den tschechischen Schulen auch der Gottesdienst in tschechischer Sprache abgehalten werden soll, fällt nicht in die Kompetenz des Gemeinderates. Sein weiterer Wunsch, auf Beistellung tschechischer Lehrbücher ist derzeit schwer erfüllbar, weil solche beim österreichischen Schulbuchverlag nicht mehr vorrätig sind, ihr Ankauf in der tschechoslowakischen Republik jedoch angesichts der hohen Preise für die Gemeinde sehr schwierig ist. Man werde sich aber bemühen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Referent erklärt sich einverstanden, daß die Anträge Ruzicka's der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden. Weiter beantwortet der Referent die Wünsche des Gemeinderats Paulitschke wegen besserer Entlohnung der Lehrkräfte in den Ebenbüchern und der Abgabe der Remunerationen für Katecheten und beantragt, die gestellten Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen. Gemeinderat Feldmann hat sich gegen die Äußerung, daß wir unsere eigene Steuerhoheit mit Bezug auf die Bezahlung unserer Angestellten möglichst erhalten trachten müssen, deswegen ausgesprochen, weil er allzuverschlüsselt eine Belastungen der Volksschichten durch Staats-, Landes- und Gemeindegaben befürchte. Ich darf darauf hinweisen, daß bei uns die Landes- und Gemeindesteuern gemeinsam behandelt werden und im übrigen die Steuerteilung etwas selbstverständliches ist. Gemeinderat Koppensteiner hat seine Beschwerde bezüglich der Zusammensetzung des Ortsschulrates und der Fürsorgeorganisation der Brigittenau wieder vorgebracht. Wir werden parteimäßig versuchen, diese auch uns nicht erquicklichen Zustände, zu beseitigen. Wenn in allen anderen Bezirken an der Vertretung der Minderheiten festgehalten wird, werden wir es auch in der Brigittenau durchführen. Gemeinderat Schmid hat einige Beispiele aus der Staatsverwaltung angeführt und gezeigt, daß doch nicht alles gar so schlecht ist, wie es von Rednern der Opposition gesagt wurde. Die Forderung des Herrn Gemeinderates Hengl, daß das Kontrollamt vollständig unabhängig sein sollte, scheint mir vollkommen berechtigt. Das Mittel, das er anwenden möchte, scheint mir aber nicht das Richtige zu sein. Sollte das Kontrollamt tatsächlich unter die Führung eines Funktionäres der Stadt kommen, der naturgemäß der Mehrheit entnommen werden könnte, so erscheint mir das eher als eine Antastung, denn als Stärkung der Unabhängigkeit. Es ist vielmehr von einem Beamten zu erwarten, daß er selbstständig und unabhängig berichten könne. Wenn ein solcher Bericht noch nicht herausgekommen ist, so scheint mir das ein erfreuliches Zeichen zu sein, daß sich schwerwiegende Unregelmäßigkeiten noch nicht ergeben haben. Wenn ein Heranziehen des Herrn Gemeinderates Hengl zu Skontrierungen längere Zeit ausgeblieben ist, so ist eine Absicht nicht vorgelegen, ich werde mir erlauben den Herrn Bürgermeister zu bitten, daß Gemeinderat Hengl recht oft zu Skontrierungen herangezogen werde.

Es liegen ferner einige Anträge von Mitgliedern des Gemeinderates vor, die dazu nicht das Wort genommen haben. So ein Antrag der Frau GRin. Strobl nach dem die Haftpflichtversicherung für alle Lehrpersonen von der Gemeinde Wien zu übernehmen wäre. Es hat sich herausgestellt, daß die Haftpflichtversicherung aller Lehrpersonen viel teurer zu stehen käme, als die den einzelnen Lehrpersonen fallweise zukommende Verpflichtung. Eine gesetzliche Verpflichtung des Dienstgebers, die Prämien zu bezahlen, besteht nicht. Es ist daher ein übriges, wenn die Gemeinde Wien, falls etwas geschieht, für den Schaden aufkommt. Ich werde die Zuweisung dieses Antrages zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung beantragen. Frau GRin. Strobl beauftragte ferner, den städtischen Schulwarten für Dienstleistungen an tschechischen Schulen ebenfalls entsprechende Belohnungen zu gewähren. Ich erlaube mir zu berichten, daß ein entsprechender Antrag bereits vorbereitet wird und dem Gemeinderat demnächst beschäftigen wird.

Wenn ich mich zum Schlusse mit den Ausführungen der Herren Gemeinderäte Vaugoin und Rummelhardt beschäftige, so geschieht das deswegen, weil sie mehr das allgemeine der Budgetgruppe, die ich zu vertreten habe, besprochen haben. Herr GR. Vaugoin hat eine Erklärung des jetzigen Herrn Finanzreferenten, daß sich die Angestellten um die Bedeckung nicht zu kümmern haben, zitiert. Ich glaube nicht, daß der Herr Finanzreferent Anlaß hat, diese seine Ansicht abzuändern. Es liegen hier zwei Vertragsteile vor, von denen sich jeder um seine Angelegenheiten selbst zu kümmern hat.

Die Ansicht, daß die Gemeinde eine selbständige Gehaltspolitik nicht treiben können, ist nicht richtig. Die Gemeinde ist bei den Besoldungsfragen ihre eigenen Wege gegangen. Sie will aber auch bei den Verhandlungen Selbständigkeit haben und daher soll der Bund endlich die Finanzreform durchführen, die es der Gemeinde ermöglicht für ihre Angestellten das entsprechende vorzukehren. Die Gemeinde ist deshalb gegen den Bund nicht mit stärkeren Mitteln vorgegangen sei, weil ja gerade die Budgetverhältnisse des Bundes so trostlos und erbarmungswürdig sind. Es wurde auch gesagt, daß an Stelle der früheren Entlassungen von Angestellten nun die Nadelstichpolitik getreten sei. Dieser Einwand ist nicht richtig und es wird getrachtet werden, auch die wenigen Fälle, die vielleicht vorkommen, zu beseitigen. Auch das Schaukelspiel zwischen Dienstordnung und Kollektivvertrag solle nicht gemacht werden. Bei den Pensionsparteiern sind die größten Schwierigkeiten zur Regelung der Frage überschritten. Es muss festgestellt werden, dass es keinen Pensionisten mit 2000 K Monatsbezug gibt. In diesem Monat sind zu den 900 K Pensionsbezug einmal 4000 K und einanderesmal 5000 K Zuschuss gegeben worden. Da natürlich auch das noch zu wenig ist, wird die Regelung der ganzen Pensionistenfrage Abhilfe schaffen. Dass die Pensionisten-Automatik vom Bund kommt, ist nicht Schuld der Gemeinde, da der Bund auf dieser bestanden hat. Die von den oppositionellen Rednern bemängelte Institution der Büroinspektoren habe sich bewährt. Es einicht einzusehen, warum jene Beamten, die sich schwer mühen und plagen, Arbeit leisten sollen, während die anderen unser Herrgott einen guten Mann sein lassen. Dass das außertourliche Avancement Vorteile bringen kann und muß, wird der Opposition jeder tüchtige Kaufmann sagen. Diese Verwaltung muß endlich aus dem alten bürokratischen Prinzip herausgerissen und kaufmännisch organisiert werden. Gelegentlich des letzten außertourlichen Avancement ist nicht eine einzige Beschwerde erhoben worden und diese Tatsache spricht wohl für die Sache genügend eindringlich. Die Forderung des GR. Rummelhardt, daß die außertourlichen Beförderungen an die Zustimmung der Personalvertretung gebunden werden

den, lehnt der Referent ab, weil sich unter solchen Umständen keine Personalvertretung behaupten könnte. Die Erregung der Nichtavenzierten ist durchaus begreiflich und auch sehr nützlich, denn das außertourliche Avancement soll eben die Beamtenschaft aufrütteln und zu höherer Arbeitsleistung anspornen. Die Beschwerde, daß Beamte ihre zeitweilige Abwesenheit während der Amtsstunden begründen müssen, hält der Referent für unzutreffend und unbegründet, denn die unregelmäßige Einhaltung der Arbeitszeit ist es, was den öffentlichen Angestellten in den Augen der Bevölkerung schadet. Wir scheuen uns nicht hier offen auszusprechen, daß wir in dieser Beziehung Ordnung machen wollen. Die Opposition habe behauptet, daß unter der sozialdemokratischen Herrschaft der Kapitalismus Orgien feiere. Aber jedermann muss das Gefühl haben, wer diese Orgien zu verantworten hat, die Staatsverwaltung oder die Stadtverwaltung. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit). Und dass wir denn Bemühungen des christlichsozialen Staatsmannes Dr. Gürtler (Zwischenrufe: Und seines Hausjungen Rosenberg!) diesen Orgien des Kapitalismus dort, wo sie leben, ein Ende zu machen, mit größtem Vergnügen folgen. Wenn Hr. Rummelhardt erklärte, er könne nicht für die Funktionsgebühren des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte stimmen, weil seine Partei zu uns kein Vertrauen habe, kann ich nur entgegen; Es wird nicht so ernst gemeint sein, aber ich begreife es, es geschieht aus politischen Gründen. Wir werden versuchen uns das Vertrauen der Gemeinderäte ohne Unterschied der Partei zu erwerben. Bevor wir es gefunden haben, müssen wir uns stützen auf das Vertrauen der großen Massen der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertreter. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit)

Bei der Abstimmung werden die im Laufe der Debatte gestellten Anträge sowie ein Antrag der GRin. Strobl betreffend die Ausdehnung der Haftpflichtversicherung auf alle Mehrpersonen, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt, der Antrag Hengl, wegen Ausgestaltung des Kontrollamtes wird abgelehnt. Die Posten „Funktionsgebühren des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte“ werden gegen die Stimmen der Christlichsozialen, die übrigen Posten einstimmig angenommen.

Gruppe VI, Ernährung und Wirtschaft.

St. R. Kokrda (Soz. Dem) führt als Referent über die Gruppe VI aus: Die Hoffnung, der ich in der letzten Budgetdebatte Ausdruck verliehen habe, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse mögen sich endlich bessern, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Durch die fortgesetzte Entwertung unserer Krone sind die Schwierigkeiten im Verlaufe des nun zu Ende gehenden Halbjahres noch größere geworden und waren wir gezwungen, bei fast allen Posten des Budgets Uberschreitungen vorzunehmen und Zuschusskredite zu verlangen. Auch jetzt noch ist unsere wirtschaftliche Situation so geartet, daß eine ganz entschiedene Besserung eintreten müßte, wenn die, in dem vorliegenden Budget eingestellten Ziffern ungefähr den Anforderungen, die an die Gemeinde gestellt werden, genügen sollten. Die im Oktober zusammengetragenen Ziffern für dieses Budget mußten im November einer Korrektur unterzogen werden und trotz dieser kann man heute ruhig behaupten, daß sie den jetzt geltenden Verhältnissen nach keiner Richtung hin mehr entsprechen. Trotz aller Schwierigkeiten muß aber die eine Tatsache konstatiert werden, daß es auf vielen Gebieten immerhin wesentlich besser geworden ist, insbesondere was die Gruppe VI anbelangt, und da wieder, was den Bedarf der Aemter und Anstalten betrifft. Was die Versorgung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln anlangt, wird, trotzdem es schon besser geworden ist, noch eine ziemlich große Zahl begründeter Klagen erhoben, aber allen Wünschen auf diesem Gebiete nachzukommen, ist der Gemeinde bei den heutigen Anforderungen unmöglich. Auch in der Ausgestaltung des Kochunterrichtes sind wir etwas in Rückstand geraten

die Errichtung einer solonen Küche erfordert aber derzeit ungeheurer große Beträge und die Gemeindeverwaltung glaubt, daß es momentan viel dringender ist, die städtischen Häuser und Amtsgebäude einigermaßen zu erhalten, um sie vor dem völligen Verfall zu bewahren. Bezüglich der übrigen Lehrmittel ist die Versorgung heuer eine entschieden bessere, sodaß wir zu Beginn des Schuljahres 1920/21 allen Schulen die notwendigen Lehrmittel rechtzeitig beistellen konnten. Was die Verwaltung der städtischen Häuser anbelangt, kann ich darauf verweisen, was ich vor einem halben Jahre auszuführen mir erlaubt habe. Die Gemeindeverwaltung steht auf diesem Gebiete noch wesentlich ungünstiger als der private Hausbesitzer, weil immer, auch vor dem Kriege, die Mieten in den städtischen Zinshäusern gegenüber den anderen immer etwas zu hoch waren. Bei der gegenwärtigen Entwertung unserer Valuta sind wir aber erstende nach nachzuholen. Nur in der Verwaltung der städtischen Gründe ist der Magistrat gegenwärtig daran eine Aenderung bezüglich der Gegenleistung der Pächter durchzuführen. Der Magistrat hat gefunden, dass große öffentliche Körperschaften drangegangen sind, von der sogenannten Bargeldleistung zu einer Naturalleistung überzugehen. Der Magistrat versucht, für das kommende Erntejahr bei allen jenen städtischen Gründen, die als Acker, Wiesen oder sonst für eine Kultur für Berealien bestimmt sind, zur Naturalleistung überzugehen. Selbstverständlich kommen jene Gründe, die den Kleingärtnern zur Verfügung stehen, hierbei nicht in Betracht. Bezüglich der Approvisionnement habe ich vor ungefähr einem halben Jahr darauf verwiesen, daß wir uns, was die Beschickung der Märkte anbelangt, doch in einer etwas günstigen Situation befinden und habe damals der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir wahrscheinlich nach und nach eine weitere Besserung auf diesem Gebiete zu erwarten haben. Diese Hoffnung ist auch zum Teile eingetreten. Die Beschickung unseres Zentralviehmarktes hat sich in den späteren Sommermonaten immer günstiger gestaltet und gegen Ende des Sommers hat die Beschickung sogar die der Friedenszeit übertroffen. Das war nicht auf einen abnormal großen Kontingent von Auslandsvieh zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf den infolge des heißen Sommers eingetretenen Futtermangel. Deshalb konnte auch das Vieh nicht zu einem vollwertigen Viehstand abgezogen werden. Sonderbarerweise blieb der Viehauftrieb je mehr wir uns gegen den Herbst näherten, und den Sturz unserer Krone mitsachten, aus den Nachbarländern aus und wir waren immer mehr darauf angewiesen, was aus den eigenen Bundesländern auf den Markt gebracht wurde. Heute ist die Situation schon sehr unheimlich, da die Uberschüsse im eigenen Lande zum größten Teile aufgezehrt erscheinen. In letzterer Zeit wurde die Beschickung des Marktes so gering, daß der Bedarf der Wiener Bevölkerung an frischem Fleische kaum mehr zu befriedigen ist. Dazu kommt noch der Umstand, dass sich die Preise in den Bundesländern immer mehr den Preisen auf dem Wiener-Markte anpassen. Das hat dazu geführt, daß die Konsumenten in den einzelnen Ländern gegen einen starken Abtrieb dieses Viehstandes protestierten und die Bundesländer haben begonnen, sich abzusperren. Diese Absperrung ist für die Versorgung der Konsumenten Wiens natürlich von ungeheurer Tragweite. Wir haben gegen diese Absperrung protestiert und sei es mir hier gestattet mich mit diesem Proteste einen Augenblick beschäftigen zu dürfen. Die angeführten Interessentengruppen, Viehhändler und Fleischhauer haben als ihren Protest ins Treffen geführt, daß eine in Wien bestehende Organisation, der Wirtschaftsverband für den Viehverkehr, hauptsächlich daran Schuld sei, daß es zu den Absperrungen in den Ländern gekommen ist. Der Wirtschaftsverband ist eine Aktiengesellschaft, gebildet zur Hälfte aus den Konsumenten und zur Hälfte aus den Vertretern der Bundesländer. Es hat die Aufgabe, den Landwirten gegen entsprechende Preise das Vieh abzukufen und dem Konsum zu nicht über-

haltenen Preisen, zuzuführen. Da der Wirtschaftsverband in Wien auch Fleisch abgibt, dürfte darin die Ursache der Demonstrationen zu suchen sein.

Der Ausbau der Approvisionierungsanlagen erfordert ungeheure Mittel. Die Anlagen in St. Marx erfordern für 1922 200 Millionen Kronen, womit natürlich nicht all das Notwendige geschaffen werden kann, die maschinellen Anlagen im Kühlagerhaus erfordern 50 Millionen Kronen, der Ausbau des Schlachthauses 153 Millionen Kronen. Für den Kontumazmarkt hat die Regierung im abgelaufenen Halbjahr 120 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt, die natürlich zurückgezahlt werden müssen, welcher Betrag sich aber auch erhöht hat. Die Erhöhung ist nicht nur im Ausbau des Kontumazmarkt begründet, sondern auch in der Vermehrung des Transitverkehrs, der für Wien von großer Bedeutung ist. Es wird gegen den Wirtschaftsverband Stellung genommen und gesagt, daß dieser eine neue Zentrale sei, anders aber wieder verlangt, die Gemeinde möge Vorräte schaffen und diese abgeben. Wenn letzteres geschähe, würde aber wieder der Einwand erhoben werden, daß jetzt die Gemeinde wieder eine Greislerlei anfangen, da die Zentralen verschwunden seien. Wenn auch die Gemeinde die Mittel zur Verfügung hätte, so ist es unter den gegenwärtigen Umständen, wo der freie Einkauf durch gar nichts behindert ist, nicht Aufgabe der Gemeindeverwaltung, sich mit dem Lebensmittelhandel abzugeben. Dazu sind der freie Handel und die Konsumentenorganisationen da.

GRin. Wielach (Chr. Soz.) bringt verschiedene Anregungen, wegen Beschaffung von Lehrmitteln für die Schulen, Regelung der Beheizung der Schulzimmer vor. Die Turnsäle, wo gegenwärtig die amerikanische Ausspeisung stattfindet, sollen ihrem Zwecke wieder zugeführt und in jedem Bezirk sollte eine Schulküche errichtet werden. Weiter bemängelt die Rednerin schlechte Säuberung der Märkte, rügt das Nichterhalten der Vorschriften auf sichtbares Anbringen der Preise, fordert eine strengere Ueberwachung und kritisiert die Uebelstände auf dem Gebiete des Wanderhandels. Zum Schlusse stellt sie den Antrag, für Wanderhändler eine bestimmte Verkaufszeit einzuführen.

GR. Grolig (Soz.-Dem.) befaßt sich mit den Ausführungen des GR. Kunschak über die Approvisionierung der Stadt Wien und meint, daß dieser, von der Gemeinde eine Bewirtschaftung der Lebensmittel verlange, obwohl sich die christlichsoziale Partei, wie überhaupt die bürgerlichen Parteien immer gegen die Zentralen ausgesprochen haben und meinen, daß die bessere Versorgung Wiens mit Lebensmitteln ausschließlich durch den freien Handel möglich sei. Der freie Handel habe aber vollständig versagt. Wenn GR. Kunschak den Vorwurf gemacht habe, daß die Kartoffelversorgung heuer sehr schlecht sei, so habe man schon im Sommer wissen können, daß heuer eine Kalamität mit der Kartoffelversorgung eintreten müsse. Die Gruppe VI habe schon damals eine Resolution gefaßt und den Herrn Bürgermeister ersucht, beim Staatsamte für Finanzen erwirken zu wollen, daß dem Bundesministerium für Volksernährung die nötigen Geldmittel zur Beschaffung der Kartoffel zur Verfügung gestellt werden. Dem Herrn Bürgermeister ist es erst gelungen, daß das Volksernährungsamt Schritte unternahm, das Ausfuhrverbot Deutschlands für Kartoffeln zu mäßigen und holländische Kartoffel einzukaufen. Redner kommt sodann auf die Fleischversorgung zu sprechen und bespricht die Demonstrationen in St. Marx, die sich gegen den Wirtschaftsverband und die Fleischbankgesellschaft richteten, somit eine Demonstration der Produzenten gegen die Konsumenten darstellt.

Wenn aber die Fleischhauer glauben, daß ihre Zeit wieder kommen wird, dann werden sie sich irren. Es gibt schon Ein-

richtungen, die preisregulierend wirken, die aber den Kaufleuten sehr unangenehm sind. Von der jetzigen Mehrheit wurde auf dem Gebiete der Ernährung sehr viel getan für die Wiener Bevölkerung und es wird in Zukunft noch viel getan werden. Die Mehrheit wird ihre Ernährungspolitik so weiter führen, wie sie im Interesse der Bevölkerung gelegen ist, ob es dem einen Teil angenehm ist oder nicht.

GR. Körber (Chr. Soz.) kritisiert die Ernährungspolitik der Gemeinde, von der er sagt, daß sie ganz unzureichend sei und für die Bevölkerung keinen Erfolg bringe. Redner bespricht weiter die Straßen säuberung und die Schulverhältnisse, die er als ganz unhaltbar bezeichnet.

GR. Klimesch (Tscheche) bringt neuerlich die Forderungen der Wiener Tschechen auf dem Gebiete des Schulwesens vor und behauptet, daß die Gemeinde sich nur um die Entwicklung des deutschen Schulwesens sorge, die berechtigten Ansprüche der Tschechen hingegen befließentlich mißachte. Er verlangt die Ernennung von tschechischen Schulinspektoren, die Errichtung tschechischer Abteilungen an den deutschen Lehrerbildungsanstalten und die Schaffung von tschechischen Kindergärten in den Proletarierbezirken. Wenn die Mehrheit diese Wünsche weiterhin ignoriere, wollen die tschechischen Gemeinderäte gezwungen sein, im Gemeinderate ihren Forderungen durch eine lärmende Obstruktion Geltung zu verschaffen.

GR. Wawerka (Chr. Soz.) bespricht das Schulwesen und stellt folgende Anträge: Jene Räume in städtischen Schulen, die eine Temperatur unter 16° Celsius aufweisen, sind zu beheizen, die Temperatur in diesen Räumen muß eine Stunde vor Beginn des Unterrichtes 16° erreicht haben.

Die Schulpauschalien sind auf Grund von Bedarfstabellen, die den Bedarf an Requisiten pro Schule und Klasse enthalten, zu errechnen und rechtzeitig der zur Auszahlung zu bringen. An Stelle der Pauschalien hat möglichst bald die Belieferung in natura zu erfolgen.

GRin. Glöckl (Soz.-Dem.) sagt, daß alles, was hier über die Verwaltung im Schulwesen vorgebracht wurde, eben das sei, was man überall wo es sich um Verwaltung handelt, sagen könne. Arme Leute müssen eben mit Wasser kochen. Wenn gesagt wurde, daß die Lernmittel nicht für alle Schüler gegeben werden sollten, weil man dadurch den Unterschied zwischen arm und reich nicht verwische, so ist dies richtig, aber in der Schule ist der Unterschied beseitigt worden. Das Werkpauschale wurde von 400 auf 800 Kronen für Volksschüler und von 600 auf 1000 K für Bürgerschüler erhöht. Die Pauschalien für Schulleiter werden schon im Jänner mit Naturalien ersetzt werden. Die Klassenlektüre besteht derzeit aus fünf verschiedenen Lesestoffen und sind sowohl für die Volks- als auch für die Bürgerschulen neue Lesestoffe in Vorbereitung. Neue Atlanten befinden sich bereits in den Schulen. Die Reparaturen von alten Büchern werden in manchen Schulen im Werkunterricht vorgenommen. In Zukunft ist auch geplant, die Turnsäle nicht mehr für die Ausspeisung zu verwenden. Man könne also nicht sagen, daß auf dem Gebiete des Schulwesens nichts geschehen sei, es wurde vielmehr ein gewaltiger Ruck nach vorwärts getan. Die Gemeindeverwaltung wird der Bevölkerung geben, was ihr gebührt, sie wird auch in Zukunft auf dem Gebiete des Schulwesens schaffen und leisten was ihr möglich ist. Man solle sich überzeugen was gemacht wurde, dann wird man sehen, daß gerade das Schulwesen von der Gemeinde besonders berücksichtigt wird und auch einsehen, daß die Kritik in vielen Punkten unberechtigt ist.

VB. Hög (Chr. Soz.) rügt die Zustände auf dem Schlachthofe St. Marx und bezeichnet sie als skandalös. Es sind zu wenig Stallungen vorhanden, eine ganze Anzahl von Stallungen ist baufällig, sodaß die darin untergebrachten Rinder oft noch vor der Schlachtung verenden. Ungünstige Verhältnisse bestehen auch in der Kühlhalle. Es sei dringend geboten, raschestens die unerlässlichen Ausbesserungen vorzunehmen und wenigstens vorübergehend provisorische Räume herzustellen.

GRin. Walter beantragt, es sei unbedingt Vorsorge zu treffen, daß mit Beginn des Schuljahres 1922/23 an allen Mädchenbürgerschulen der Koch- und Haushaltsunterricht eingeführt werde. Ferner, daß sämtliche Schulkinder mit den erforderlichen Lehrbüchern sowie mit den notwendigen Schreib- und Zeichenrequisiten beteiligt werden können.

In seinem Schlußwort kommt der Referent auf alle in der Debatte vorgebrachten Wünsche und Anregungen zurück. Bezüglich der Wünsche der Frau Wielsch erklärt er, es sei Vorsorge getroffen, daß im nächsten Schuljahre wieder einige Turnsäle ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden können. Die Reinigung der Schulräume und -Gebäude werde so gut als möglich bewerkstelligt. Wegen der Pauschalien wolle man vom kommenden Monat an versuchen, an ihrer Stelle mit der Naturalbelieferung einzusetzen. Was das Fenstereinschneiden anbelangt, so falle diese Angelegenheit nicht in die Gruppe VI, doch könne er die Versicherung geben, daß die Fenster durch die zugehörige Bauabteilung immer sofort eingeschnitten werden. Bezüglich des Warenbezuges auf den Märkten durch Händler der auswärtigen Bezirke, wie

bemerkt werden, daß die Großhändler sehr streng überwacht werden, daß ihre Waren tatsächlich nur an diese Geschäftsleute abgeben. Die Wanderhändler haben wohl keine Bewilligung von der politischen Behörde erster Instanz, aber sie waren einmal da und wurden durch den Magistrat ~~xxx~~/kontingentiert. Es werden ihnen durch eine Kommission Plätze angewiesen und sie bekommen sichtbar zu tragende Abzeichen ohne die sie jeder Wachmann vom Platze weisen kann. Auf die Ausgestaltung der Viehmärkte in St. Marx werde das größte Gewicht gelegt, ein Teil der für andere Zwecke belegt gewesenen Stallungen sei bereits seiner ursprünglichen Bestimmung zugeführt und mit dem anderen Teile werde dies in kurzer Zeit geschehen. Von einem Stallmangel könne gegenwärtig nicht gesprochen werden, doch sei dies leider auf den Umstand zurückzuführen, daß die Beschickung des Viehmarktes wesentlich abgenommen habe. Die vorliegenden Anträge empfiehlt der Referent der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen.

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag der Gruppe VI genehmigt, die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Gruppe VIII, städtische Unternehmungen.

VB. Emmerling führt in seinem Referate über die Gruppe der städtischen Unternehmungen aus: In einer Zeit, in der man nicht imstande ist, für die wichtigsten Bedarfsgegenstände den Preis für die nächsten acht Tage festzuhalten, in einer Zeit, in der die Löhne sich von Woche zu Woche verändern ist es ungeheuer schwer ein Budget für ein ganzes Jahr aufzustellen. Dasselbe was Stadtrat Breitner bereits gesagt, daß man nicht imstande ist, mit festem, unverrückbaren Ziffern rechnen zu können, trifft in einem erhöhten Maße für die städtischen Unternehmungen zu. Wir wissen nicht, zu welchen Preisen wir werden einkaufen können und dabei sind die städtischen Unternehmungen ein ausschlaggebender Faktor auf dem Markte. Ja, bei manchen Unternehmungen wissen wir ~~noch~~ ~~wir~~ noch werden einkaufen können. Die Ansätze also, die im Budget für Löhne, Betriebsmittel, etc. eingesetzt sind, können nur bedingt gelten, denn sie haben sich schon verändert und werden sich zweifellos in

den nächsten Wochen schon ganz bedeutend verändern. Wir sind aber durch das Statut gezwungen, einen Voranschlag zu machen, obzwar kein Geschäftsmann einen solchen für seinen Betrieb aufstellt, es sei denn, daß er für die nächsten paar Tage sich einen Ueberblick verschaffen will. Ich halte es für meine Pflicht darauf zu verweisen, weil wir nicht haben wollen, daß die Industrie sich ein falsches Bild von der Art und Weise macht, wie wir die Geschäfte führen. Also unter einer gewissen Verwahrung wollen wir mit diesen Budgetziffern einen Versuch unternehmen, wie sich ~~xxx~~ im nächsten Jahre das Bild gestalten könnte.

Dabei sind die städtischen Unternehmungen von großer Bedeutung für die Stadt. Sie greifen tief in das Wirtschaftsleben ein, umfassen Hunderttausende Menschen, die direkt oder indirekt mit ihnen in Verbindung stehen, so bei den Gas- und Elektrizitätswerken mit den über 200.000 Konsumenten, die Straßenbahn, die täglich 1-3 Millionen Menschen befördert, daß wir in diesen Unternehmungen über 26.000 Menschen beschäftigen.

An Personalauslagen sind für das kommende Jahr 12.8 Milliarden präliminiert, für das vergangene Halbjahr waren es nur 1.6 Milliarden. Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse betragen im abgelaufenen Halbjahr 50 Millionen, jetzt betragen sie eine Vierte Milliarde. Die Auslagen für Betriebsmaterial, die für das ~~xxx~~ zweite Halbjahr 1921/ 2.7 Milliarden ausmachten, werden für das kommende Jahr mit 30 Milliarden in Rechnung gestellt, und heute schon kann gesagt werden, daß dies nur ein Teilbetrag ist. Die Gesamteinnahmen der Unternehmungen belaufen sich auf 49 Milliarden, die Ausgaben ebenso hoch, zehn Unternehmungen weisen einen Gewinn auf, drei einen Verlust.

Eine wichtige Frage der Unternehmungen ist die Frage des Bezuges der Betriebsmaterialien. Beim Gaswerk ~~xxxxxxx~~ zur Gänze, beim Elektrizitätswerk in einem sehr hohen Maße aus dem Ausland bezogen werden. Die Werke haben jene Betriebskapitalien, die ihnen seinerzeit zur Verfügung gestellt wurden und die durch Beschlüsse des Gemeinderates geändert wurden, sie sich aber in keine Relation zur Entwertung der Krone und zur Steigerung der Betriebsmaterialien und Ausgaben befinden. Die wichtigsten Materialien müssen im Voraus bezahlt werden, ebenso wie die Löhne und Gehälter. Von den Konsumenten bekommen die Unternehmungen mit Ausnahme der Straßenbahn die Bezahlung im Nachhinein. Der Versuch, die Preise im Nachhinein zu bestimmen, fand keinen Einklang. Man ist daher davon abgekommen, wodurch man sich allerdings in eine große Gefahr begeben hat. Denn die Voraussetzungen für die Preisbestimmungen sind nicht mehr vorhanden. Dadurch dass die Werke den Preis für Gas und Strom anfangs November bis Ende Dezember festgesetzt haben, sind sie in eine unangenehme Lage gekommen. Diese Preisfestsetzung hat ihnen, was die Kohlen allein anlangt, viele hundert Millionen Kronen als Defizit für diese Abrechnungsperiode zur Folge gehabt. Der Umstand, daß die Gas- und Elektrizitätswerke gezwungen sind, den Preis im Vorhinein zu bestimmen, wird zu einer Änderung des Verrechnungssystems führen müssen. Die Werke werden von ~~xxxxxxx~~ der sechswöchigen zu vierwöchigen Verrechnungsperiode übergehen, weil sie rasch zu Geld kommen müssen. In Form von Vorauszahlungen wurde einmal der Versuch ~~xxxxxxx~~ von den Konsumenten Betriebskapital zu erhalten. Dieser Betrag stellt natürlich nur einen kleinen Bruchteil des Betriebskapitals dar, den die Unternehmungen haben müssen, wenn sie wirtschaftlich geführt werden sollen. Es wird daher in der nächsten Zeit Sorge getragen werden müssen, daß diese Bestimmung auch den geänderten Verhältnissen angepasst wird.

Kenn der Monopolcharakter die Unternehmungen nicht ausgenutzt wurde, so deshalb, weil wir die Preise im Einklang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen bleiben sollten. Unsere Tarifpolitik allein hat es ermöglicht jede Verschuldung zu vermeiden. Im Zusammenhange damit stehender Ausbau und die Entwicklung der Werke. Wir verfolgen systematisch das Ziel, uns vom Ausland unabhängig zu machen. Beim Gaswerk ist das leider nicht möglich. Hier versuchen wir eine Art der Verwertung der Nebenprodukte, die uns in die Lage versetzt, das wirtschaftlichste Gaswerk in Europa zu werden. Wir bilden heute schon für die chemische Industrie eine sehr wichtige Anlage, denn wir liefern ihr Rohstoffe und sind bestrebt diese Lieferungen immer mehr zu steigern. Beim Elektrizitätswerk ist die Zeit nicht allzufern, wo wir vom Ausland ganz unabhängig sein werden. Das geschieht einerseits durch Erschließung neuer Kohlenwerke, andererseits durch die Beteiligung an inländischen Kohlenwerken, beispielsweise im Ybbstal. Für die E-Werke wurden 982 Millionen Kronen an Investitionen gegenüber 62 Millionen im Halbjahre 1921 eingestellt. Wir wollen die Wiener Werke ausbauen und hierfür 362 Millionen aufwenden. Für den Ausbau des Kabelnetzes 230 Millionen, für Zähler und Mietinstallationen 350 Millionen. Die Investitionen für die Ueberlandzentrale belaufen sich auf 133 Millionen, die für die Ausgestaltung des Bergbaues in Zillingdorf erforderlichen Investitionen betragen 136 Millionen Kronen, darunter ist auch eine Post für die Errichtung einer Brikettfabrik. Die Zillingdorfer Kohle ist eine junge Kohle, sie eignet sich nicht für Verfrachtungen. Nun haben wir durch den Ausbau der Zillingdorfer Werke die Förderung derart gesteigert, daß wir nicht mehr imstande sind, die geförderte Kohle im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth zu verbrennen, wir müssen sie auf Lager legen. Sie ist aber keine lagerfähige Kohle, sie verwirrt rasch. Da sie aber einerseits zur Verfrachtung ungeeignet ist und sich in den Wiener Werken zur Feuerung nicht verwenden läßt, außer nach einem äußerst kostspieligen Umbau der Kesselanlagen, haben wir beschlossen, in Zillingdorf eine Brikettfabrik zu bauen, vorläufig mit einer Leistungsfähigkeit von sieben Waggons per Tag. Sie wird dort ohne Bindemittel brikettiert. Diese brikettierte Kohle wird weitaus ökonomischer, sie erlangt nahezu 4000 Kalorien, sie kann auch ohne Schaden verfrachtet und auf den Wiener Anlagen leicht zur Verfeuerung gebracht werden. Wir denken auch daran, die Ybbstaler Steinkohle in Zillingdorf zu brikettieren. Sie kann als Hausbrandkohle verwendet werden. Mit der Zeit wird die Brikettfabrik eine Ausgestaltung erfahren und solcherart für die Versorgung der Wiener Werke mit Heizstoff eine wesentliche Rolle spielen.

32 Millionen Kronen wurden für den Bau von Arbeiter- und Beamtenhäuser eingesetzt. Wir denken daran, daß die Siedlungsgenossenschaft eine wichtige Rolle bei diesen Bauten spielen. Beim städtischen Gaswerk soll die Leistungsfähigkeit durch eine Veränderung in der Ge-

neral-Generatorenanlage und die Ausgestaltung der Benzolfabrik erzielt werden. Bei den städtischen Strassenbahnen haben wir ebenfalls einen ganz bedeutenden Betrag von 982 Millionen Kronen an Investitionen ausgewiesen, ein Beweis, daß wir bestrebt sind, nicht nur den Betrieb zu verbessern, sondern ihn auch auszubauen. Wir müssen einige sehr wichtige Gleisschleifen einführen. Eine bei der Bellarä und eine am Neubaugürtel. Es wird auch eine Änderung in der Linienführung in der Laudongasse vorzunehmen sein. Der 5-er Wagen soll von der Aßerstrasse abgelenkt und durch die Laudongasse geführt werden. Der Klage, daß wir zu wenig Wagen im Betriebe hätten, wollen wir dadurch beikommen, daß sich 400 Millionen Kronen für den Ankauf ^{von} ~~der~~ Wagen im Budget befinden. Auch hier verfolgen wir den Zweck menschliche Arbeit durch mechanische zu ersetzen. Wir wollen übergehen zur elektrischen Weichenstellvorrichtung, erstens weil sie wirtschaftlicher ^{ist} und weil sie auch mehr Sicherheit bietet. Bei der städtischen Strassenbahn leiden wir allerdings unter dem Umstand, dass neue Linien deshalb sehr schwer gebaut werden können, weil der Preis für den Kilometer ganz fabelhaft gestiegen ist. Heute kann man denselben mit 18 bis 22 Millionen Kronen annehmen, woraus Sie ermesen können, welche ungeheure Ausgabe es wäre, auch nur wenige Kilometer neue Gleise legen zu müssen.

Beim städtischen Lagerhaus müssen wir darauf verweisen, daß wir das grösste Interesse haben jene Konzentration, die das Lagerhaus aufweist, die günstige Lage an der Donau, entsprechende Bahnverbindungen, die Lage an der Ostgrenze der industriellen vorge-schrittenen Länder. Diese Tatsache zwingt uns ein besonderes Augen-merk der Ausgestaltung des Lagerhauses zuzuwenden. Wir haben un-mittelbar nach dem Zusammenbruch bemerken können, daß in Ungarn und den Nachbarstaaten davon gesprochen wurde, daß Wien seine Bedeu-tung verloren habe. Insbesondere war man der Meinung, daß jene Ver-kehrswege, die früher nach und über Wien führten, in Zukunft nicht mehr so führen werden. Es hat sich auch hier gezeigt, daß ^{es} trotzdem nicht möglich war, die Bedeutung Wien herabzumindern, im Gegenteil, wir haben jetzt keinen Quadratmeter verfügbar, es ist Raummangel in Wien und die Ausgestaltung des Lagerhauses ist dringend geboten. Diesem Zwecke dienen verschiedene Anträge und Vorschläge. Einrich-tungen, die uns in der nächstern Zeit instandsetzen werden, den an-forderungen entsprechen zu können. Zu diesem Zwecke wurden insge-samt 151 Millionen Kroneneingesetzt.

Bei den übrigen Unternehmungen habe ich es nicht notwendig einzelne der Investitionsposten herauszuheben. Ich will mich nur darauf beschränken zu sagen, daß die Tatsache allein, daß wir 2700 Millionen Kronen zu verwenden gedenken in diesem Jahre und damit rechnen, daß dieser Betrag nicht reichen, zeigt, daß die Verwaltung bestrebt ist, den Ausbau so zu vollziehen, daß man von den Unter-nehmungen sagen kann, daß sie modern eingerichtet, mit allen tech-nischen Neuerungen versehen, die Konkurrenz allen anderen Betrieben gegenüber aushalten können. Es hat Kollege Kunschak den Satz ge-prägt, die Unternehmungen sind das Rückrat der Verwaltung. Er hat damit gesagt, daß wir bestrebt gewesen sind, die Unternehmungen so zu führen, daß sie wirklich Fundamente der Verwaltung darstellen. Diese Bemerkung des Kollegen Kunschak darf ich wohl auch so auffassen, daß er, wenn auch nicht mit allen, was auf diesem Gebiete im Gemein-derate zur Sprache gebracht wurde, einverstanden war, im allgemeinen aus der Empfindung gesprochen hat, daß unsere Unternehmungen gut geführt sind und in diesem Sinne wollen wir sie auch im Jahre 1922 weiterführen und bitten daher um Annahme des Vorschlages.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) Der Herr Referent hat geschlossen: Die Unternehmungen sind das Fundament der Gemeindeverwaltung. Er hat damit das Wort Kunschaks variiert, der gesagt hat, die Unternehmungen sind das Rückrat der Gemeindeverwaltung. Es liegt ein gewisser Unterschied zwischen beiden Bezeichnungen. Aber beide können für un-sere städtischen Unternehmungen angenommen werden. Nur hat der Herr Referent vergessen zu sagen, daß diese Unternehmungen in den 22 Jah-ren christlichsozialer Gemeindevverwaltung geschaffen wurden, als ein Musterbeispiel wie gemeinnützige Unternehmungen kommunalisiert werden sollen. Wenn er also diesen Ausspruch gemacht hat, kann er als ein Kompliment für die frühere Verwaltung aufgefasst werden. Ich erinnere mich, dass Sie oft in diesem Saale bei der Budget-debatte und auch bei der Besprechung von Unternehmungen davor ge-warnt haben, die Unternehmungspreise so zu stellen, wie es ein kaufmännischer Betrieb erfordert, und haben uns gesagt, man darf

die Monopolstellung nicht ausnützen, Es seien Unternehmungen, die der breiten Öffentlichkeit dienen sollen. Der Herr Referent hat gesagt, nur die Gas- und Elektrizitätswerke sind monopolisierte Un-ternehmungen, die Strassenbahnen nur zum Teil. Ich wüsste nicht, welche Konkurrenz die Strassenbahn in Wien hätten. Man muß bei Be-trachtung des Budgets auch fragen, ob das kaufmännische Erfordernis die Erhöhung der Preise und Tarife in diesem Ausmasse rechtfertigt. Wenn wir die Bilanz sämtlicher Unternehmungen hernehmen, bemerken wir, daß die Lastenseite durchgehends in die Höhe geschraubt ist und die Ertragnisseite auf das kleinste Maß herabgesetzt wurde. Es macht den Eindruck, als ob künstlich ein kleinerer Ertrag er-zielt werden sollte.

Man konnte auch am Tage nach einer Ausschusssitzung in den Zeitungen lesen, daß dieser beschlossen habe, ein städtisches Instal-lationsbureau zu errichten. Auf gestellte Fragen wurde vom VB. Emmer-ling erklärt, daß das Referat am Schluß der Sitzung erstattet wurde, daß es aber als nicht referiert zu betrachten sei. Die Gemeinde habe es nicht notwendig durch diese Errichtung das bodenständige Gewerbe brotlos zu machen.

Die Gaswerke haben auch einen eigentümlichen Betrag im Vor-anschlag, der sich „allgemeine Unkosten“ mit 500 Millionen nennt. Wieder ein Betrag, der kaum zu kontrollieren ist.

Ein Schmerzenskind ist die Leichenbestattung, weil die Ge-meindeverwaltung mit dieser kleinen Unternehmen der Gemeinde das ganze Jahr zu tun hatte. Als der frühere Direktor im Ausschusse vom amtsführenden Stadtrat unmöglich gemacht worden war, war man ge-spannt darauf, was für ein Fachmann jetzt kommen werde. Einige Tage später erschien Bauinspektor Lasch, der gleich Gelegenheit ~~gab~~, gab, seine fachmännische Tätigkeit beobachten zu können. Er ist in das Personal hereingefahren, wobei es ihm allerdings nicht gut ge-gangen ist. Dann ist er plötzlich als Fuhrwerksunternehmer aufge-taucht und dann wieder hat er erklärt, den Leichenversicherten brau-che man nichts mehr zu zahlen. Das war die dritte Blamage. Aber trotz des fachmännischen Direktors ist das Unternehmen nicht aktiv geworden, sondern hat ein Defizit von 15 Millionen, trotz rücksichts-loser Preiserhöhungen. Bei der städtischen Straßenbahn ist ein Defi-zit von 46 Millionen ausgewiesen, aber in Wirklichkeit ist dieses Defizit gar nicht vorhanden. Es ist nämlich diesem Unternehmen, das mit den Schustern Wiens konkurrieren muß, ein kleineres Unternehmen angegliedert, die Benzinstelle und diese weist einen Gebarungüber-schuß von 45 3/4 Millionen auf. Die Wagen der Straßenbahn befinden sich seit einiger Zeit in einer merkwürdigen Verfassung. Die Fahrgäste können vor lauter Plakaten sich kaum sattlesen und es wundert mich nur, daß man nicht schon auf den Gedanken verfallen ist, den Motor-führern und den Schaffnern Plakate anzuhängen ^{wie} mit den Sandwich-männern. (Große Heiterkeit)

Das einzige Unternehmen, das die verwaltende Mehrheit ge-schaffen hat, ist das Ankündigungsunternehmen, das einen Reingewinn von sage und schreibe 77.000 Kronen aufweist. Die Bilanz, die von diesem Unternehmen gemacht wurde, läßt alles zu wünschen übrig.

GR. Schörsch (Soz-Dem) bemerkt, Herr Vaugoin habe einige gute Witze gemacht, aber praktisch sei mit seinen Ausführungen nichts anzufangen. Nur auf seine kritischen Bemerkungen wegen Errichtung des kommunalen Installationsbureau könne man sachlich erwidern. Er behauptet, daß eine unverhältnismäßig große Anzahl von Arbeitern arbeitslos und Gewerbetreibende in der Zukunft ohne Stellung sein werden, wenn das Installationsbureau tatsächlich errichtet wird. Wir sind der gegenteiligen Meinung. Wir wissen, daß dieses Projekt unter den Arbeitern allgemein Befriedigung erregt und nur von den Meistern unfreundlich aufgenommen wurde. Zur Begründung wäre anzuführen, daß, nach unserem Beschlusse, 10.000 Hausanschlüsse herzustellen für eine große Anzahl von Gewerbetreibenden die Unmöglichkeit sich ergab, für die zu bewirkenden Installationen die nötigen Materialien anzukaufen. Für die E-Werke ist es notwendig, bestimmte Arbeiterreserven zur Verfügung zu haben und da erscheint die Schaffung des erwähnten Bureau die wichtige Voraussetzung zu sein. Es wird der Allgemeinheit und jedem Einzelnen zugute kommen, nicht nur bei der Einleitung, sondern auch bei der Instandhaltung der elektrischen Hausanlagen. Gerade in Wien steht es damit sehr schlecht, es gibt noch 340.000 Wohnungen ohne Gas und elektrisches Licht und hier wird das Installationsbureau sehr nützlich wirken können.

Kollege Vaugoin hat auch darüber Kritik geübt, dass von Seite des Herren Referenten gesagt wurde, dass in der Zukunft wahrscheinlich die Tariferhöhungen in kürzeren Pausen eintreten dürften. Alle die im Unternehmungsausschusse sitzen und die Dinge zu verfolgen, wissen, dass diese Tariferhöhungen erst durchgeführt werden, wenn sie unter allen Umständen notwendig sind. Bei den Gaswerken sind drei Viertel der gesamten Auslagen für die Kohlen und diese müssen aus der Tschechoslovakei eingeführt werden. Die Tariferhöhungen bei Gas werden nach einem gewissen Schlüssel mit Bezug auf die Kosten der Kohle berechnet. Wir wissen, dass der staatliche Lebensmittelabbau wieder eine Belastung der Werke bedeutet. Die Dinge werden in der Öffentlichkeit unrichtig beurteilt. Aus einer Statistik geht hervor, daß das Kochen und Beheizen mit Gas heute noch billiger kommt als mit Kohle und Holz.

Die Posten für soziale Fürsorge beinhalten die Vorsorge für Krankheit der Angestellten und die Steuerleistung. Mit Stolz könne man darauf hinweisen, daß die Aufrechterhaltung der Betriebe nur dadurch möglich war, daß ein anderer Geist in diese eingezogen ist, als er früher dort war. Die Gemeindeverwaltung wird trachten, die Werke auszubauen, damit auch Wien, was Beleuchtung, Beheizung und Straßenbahn anlangt, mit anderen Städten gleichgestellt werden kann.

Die Sitzung wird abgebrochen.

Die Sitzung wird abgebrochen.